

Niederschrift
der 07. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 01.07.2026
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack bis 17:50 Uhr

Mitglieder

Frau Ute Bartel

Herr Volker Borbe

Herr Jan Gottschling

Herr Stefan Nachtwey

Herr Jens Radtke

bis 18:35 Uhr

Herr Daniel Ruddies

Herr Oliver Schön

Vertreter

Herr Rainer Starke

Vertretung für Herrn Jürgen Suhr

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Romy Guruz

Frau Silvana Mundt

Herr Dr. Frank-Bertolt Raith

Herr Ralf Schindlmayr

Frau Antje Wunderlich

Gäste

Frau Kerstin Wunderlich

Frau Tarja Brandt

Frau Alissa Sophie Wulf

Frau Paula Marie Lorenz

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 27.05.2026
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
 - 3.1** Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Tribseer Vorstadt
Vorlage: B 0021/2026
 - 3.2** Bebauungsplan Nr. 90 "Stadteingang Feldstraße" der Hansestadt Stralsund - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B 0030/2026
 - 3.3** Bebauungsplan Nr. 71 Teil I der Hansestadt Stralsund "Wohnbebauung am Deviner Weg", Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0033/2026
 - 3.4** Bebauungsplan Nr.89 der Hansestadt Stralsund "Gewerbegebiet und sonstiges Sondergebiet an der Weidenkultur", Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0035/2026
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Spielplatz "Am Moorteich"
 - 4.2** Vorstellung Planung grundhafter Straßenausbau Heinrich-Heine-Ring einschließlich Kreuzung Heinrich-von-Stephan-Straße / Am Heizwerk und Erschließungsanlagen
Bebauungsplan 22
 - 4.3** Arbeitsstand Straßeninstandsetzungen
- 5** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 10 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 27.05.2026

Die Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 27.05.2026 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Einrichtung einer Tempo 30-Zone in der Tribseer Vorstadt Vorlage: B 0021/2026

Frau Guruz erläutert die Vorlage. Der beiliegende Plan zeigt den Geltungsbereich der 30-Zone in der Tribseer Vorstadt.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur Vorlage.

Herr Bauschke stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0021/2026 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 90 "Stadteingang Feldstraße" der Hansestadt Stralsund - Aufstellungsbeschluss Vorlage: B 0030/2026

Herr Dr. Raith erläutert die Vorlage. Schon vor längerem wurden in diesem Gebiet Grundstücke für eine Wohnungsbauentwicklung verkauft. Außerdem hat die Stadt westlich der Feldstraße ein Grundstück angekauft.

Der gesamte Bereich ist im Flächennutzungsplan als Siedlungsfläche ausgewiesen.

Im Vorfeld wurde eine Mehrfachbeauftragung mit vier Architekturbüros ausgelöst. Diese haben zwar keine verwertbaren Ergebnisse erbracht, konnten aber von der Verwaltung dennoch für den jetzt vorliegenden Entwurf genutzt werden. Für die Verwaltung ist es wichtig, dass der Stadteingang von der Feldstraße im Zusammenhang bebaut wird und beide Seiten auf einander abgestimmt sind. Dies bedeutet nicht, dass sie zeitgleich bebaut werden.

Weiter erklärt der Amtsleiter, dass es zwei Interessenten gibt. Lidl möchte am jetzigen Standort festhalten und ihn erneuern. Gegenüber soll ein zweites Wohn- und Geschäftshaus etabliert werden. So wird der Parkplatz gefasst und erhält einen platzförmigeren Charakter.

Ergänzt werden soll das Geplante mit einer lockeren, aber dem Blockrand folgenden Bebauung. Der Teich (Regenrückhaltebecken) soll perspektivisch in die dort entstehende Grünfläche im Übergang zu den Kleingärten eingebunden werden.

Eine weitere kartierte Fläche könnte als Ausweichstandort für den Neubau der Feuerwache dienen.

Herr Gottschling erkundigt sich, ob an dem Standort Mehrfamilienhäuser entstehen sollen, die durch eine städtische Wohnungsgesellschaft realisiert werden. Dazu erklärt Frau Wunderlich, dass die Fläche östlich der Feldstraße einem privaten Investor gehört, der Wohnungsbau realisieren möchte. Die geplante Kurvatur spricht eher für Mehrfamilienhäuser, aber auch für Büros und Dienstleistungen.

Herr Dr. Raith ergänzt, dass die vorhandene Infrastruktur (Bus, Nahversorgung und Fernwärme) in dem Gebiet gut ist und auch genutzt werden sollte. Im Bereich des Regenrückhaltebeckens ist es auch denkbar, die Bebauung etwas zu verkleinern.

Es gibt keine weiteren Fragen zur Vorlage. Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0030/2026 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3.3 **Bebauungsplan Nr. 71 Teil I der Hansestadt Stralsund "Wohnbebauung am Deviner Weg", Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

Vorlage: B 0033/2026

Anhand eines Schwarzplans zeigt Herr Dr. Raith die vorhandenen und geplanten Gebäude in diesem Gebiet. Im Norden wird auch weiterhin mit der kleinteiligen Gebäudestruktur (Einfamilienhäuser) geplant, ebenso an dem geneigten Hang.

Weiterhin gibt es eine etwas aufgelockerte Bebauung nördlich des Seezeichens.

Des Weiteren soll ein kompakt bebauter Bereich am Gustower Weg entstehen. Es sind 4 – 5 geschossige Häuser geplant. Aufgrund zweier Vorhabenträger wurde der B-Plan geteilt, die vorgestellte Planung bezieht sich auf den größeren Teil des B-Plans. Wege und Straßen werden so angelegt, dass die Abschnitte separat erschließbar sind.

Da die Hansestadt die straßenbegleitenden Flächen gekauft hat, ist sie ebenfalls Eigentümerin. Zusätzlich ist die Stadt Eigentümerin der Gemeinbedarfsfläche, die sich ebenfalls in dem B-Plan befindet. Denkbar wäre hier ein Ersatzneubau der Grundschule Andershof.

Die große Grünschneise ist ungewöhnlich, wurde aber nach Rücksprache mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt eingerichtet, genauso wie die geplanten Bepflanzungen an den die Grünfläche begleitenden Häusern.

Herr Dr. Raith erklärt, dass Gespräche mit Anwohnenden geführt wurden, da diese der Meinung sind, dass die Geschosshöhe in der direkten Nachbarschaft zu massiv ist. Sie begründen dies mit dem dörflichen Charakter des Stadtteils.

Aufgrund der Nahversorgungsstruktur (20.000m² Verkaufsfläche) und der früher in diesem Areal ansässigen Betriebe (Molkerei, Gärtnerei) spricht die Verwaltung eher von einem suburbanen Gebiet. Hinsichtlich der Geschosshöhen wurde ein Konsens erarbeitet, der derzeit mit dem Grundstückseigentümer besprochen wird.

Zum einen soll gegenüber den Einfamilienhäusern eine aufgelockerte Bebauung erfolgen, mit Gebäudelängen von 25 – 26 m. In den südlichen Flächen, direkt am Gustower Weg soll auf die Staffelgeschosse verzichtet werden. Außerdem soll die Grünfläche stärker strukturiert werden, um sie stärker hervorzuheben.

Herr Dr. Raith erklärt ergänzend, dass der Flächennutzungsplan schon bei seiner Aufstellung 1996 die Flächen als Wohnbaufläche ausgewiesen hat.

Herr Haack ist der Auffassung, dass die dargestellte Bebauung sehr verdichtet und sehr hoch ist im Vergleich zu den angrenzenden B-Plänen. Er hat sich schon vor mehreren Jahren, als es Gespräche mit dem Investor gab, gegen eine solche Verdichtung ausgesprochen. Es sollte sich ein Beispiel an der Bebauung im B-Plan 5 genommen werden. Außerdem sieht Herr Haack den Bedarf an Wohnraum in diesem Preissegment nicht und befürchtet Leerstand.

Er spricht sich dafür aus, den B-Plan noch einmal zu überarbeiten und mit einer geringeren Grundflächenzahl (GRZ) und Geschosshöhe zu arbeiten.

Herr Radtke stellt den Antrag, die Vorlage zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Herr Bauschke erklärt, dass es sich erst einmal nur um den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss handelt und erst dann in das Verfahren gestartet wird, wenn dieser beschlossen ist. Die Bedenken sollten im Verfahren geklärt werden, da dann die Beteiligung und Abwägung erfolgt.

Ob die Wohnungen schlussendlich vermietet werden, kann aus Sicht des Ausschussvorsitzenden nicht Sorge des Ausschusses sein, dieses Risiko trägt der Investor. Herr Haack ist der Meinung, dass die Bürgerschaft schon die Verantwortung dafür trägt, dass kein städtebaulicher Missstand entsteht.

Herr Bauschke weist darauf hin, dass die Vorgehensweise auch von anderen Bauvorhaben bekannt ist. Streitbar ist, ob die Verdichtung der Fläche nicht hätte durch den Bau von Einfamilienhäusern realisiert werden müssen.

Herr Bauschke stellt den Antrag, die Vorlage zur Beratung in die Fraktion zurückzuverweisen zur Abstimmung.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 5 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend stellt Herr Bauschke die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0033/2026 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 4 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.4 Bebauungsplan Nr.89 der Hansestadt Stralsund "Gewerbegebiet und sonstiges Sondergebiet an der Weidenkultur", Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0035/2026**

Herr Schindlmayr erläutert die Vorlage. Der bestehende Gewerbebetrieb soll erweitert werden. Eine westlich angrenzende Fläche, welche der Stadt gehört, soll an den Gewerbetreibenden verkauft werden, um dies zu ermöglichen. Die vorhandene Halle soll zurückgebaut und die Flächen entsiegelt werden, um einen durchgehenden Grünkorridor am Rande der Stadt zu schaffen.

Weiterhin soll durch die Schaffung eines Sondergebietes die vorhandene Hobbytierhaltung legalisiert werden. Derzeit liegt die Fläche im Außenbereich, wodurch die Hobbytierhaltung nicht erlaubt ist.

Die Ausgleichsmaßnahmen für das Vorhaben sollen über eine externe Fläche am Deviner See erfolgen.

Auf die Nachfrage des Ausschussvorsitzenden erklärt Herr Schindlmayr, dass auf der Fläche keine weiteren B-Pläne geschaffen werden sollen. Ziel ist es, die Gewerbebeerweiterung und die Hobbytierhaltung zu ermöglichen. Außerdem soll der Grünzug geschaffen werden. Außerdem wird mit dem B-Plan der Erhalt der umliegenden Kleingärten gestärkt und eine Zufahrt zu einer Anlage geschaffen.

Herr Bauschke stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0035/2026 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Spielplatz "Am Moorteich"

Herr Bauschke führt an, dass das Kinder- und Jugendparlament der Stralsunder Schulen sich zur Situation des Spielplatzes „Am Moorteich“ äußern möchte und beantragt für Frau Lorenz und Frau Brandt Rederecht.

Abstimmung: 10 Zustimmungen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen.

Damit ist das Rederecht erteilt.

Im Jahr 2025 wurde den Mitgliedern des Kinder- und Jugendparlaments der Stralsunder Schulen mitgeteilt, dass ein Hauptpfahl morsch war und dieser abgerissen wurde. Im Jahr

2026 gab es eine Anfrage an Frau Benz, aus der Abteilung Stadtgrün, bezüglich der Erneuerung des Spielplatzes. Frau Benz erklärte, dass geplant ist, einige Spielgeräte aufzuarbeiten damit diese weiter genutzt werden können. Eine Erneuerung sei abhängig von der Haushaltslage.

Das Kinder- und Jugendparlament wünscht sich am Moorteich einen Inklusionsspielplatz mit EPDM-Belag. Dieses Vorhaben wurde bereits im Ausschuss für Jugend und Freizeit vorgestellt. Dieser hat gebeten, sich mit dem Vorhaben an den Bauausschuss zu wenden.

Das Kinder- und Jugendparlament hat sich mit Frau Benz und Herrn Schröder zusammengesetzt, um das Thema weiter zu erörtern. Im Gespräch zeigte sich, dass am Moorteich eine schwierige Bodensituation herrscht, die es nicht erlaubt, hohe Türme zu bauen. Um Kosten zu sparen, wurde sich auf drei Spielbereiche mit verschiedenen Untergründen geeinigt. Zudem wurde eine Liste mit verschiedenen Spielgeräten erstellt.

Frau Lorenz und Frau Brandt bitten um die Unterstützung dieses Projektes. Stralsund wäre durch dieses Vorhaben, neben der Landeshauptstadt Schwerin, die einzige Gemeinde mit einem Inklusionsspielplatz und setzt damit Anreize für Familien und ein Zeichen für Vielfalt, welches den Tourismus belebt.

Im zweiten Anliegen geht es um die Montessori Schule. An der Schule gibt es einen Überweg, welcher beschädigt ist. Das Kinder- und Jugendparlament bittet darum den Überweg instand zu setzen, da dieser häufig genutzt wird. Außerdem sprechen sich die beiden Vertreterinnen dafür aus, eine Tempo 30 Zone einzurichten.

Frau Guruz informiert in Vertretung von Frau Benz über den aktuellen Stand zum Spielplatz. In den Jahren 2022 bis 2024 hat sich Frau Benz aufgrund eines politischen Auftrages mit dem Bedarf an inklusiven Spielangeboten beschäftigt. Sie hat verschiedene Nutzergruppen interviewt, um die verschiedenen Anforderungen an Inklusionsspielplätzen zu ermitteln.

Dabei hat sich herausgestellt, dass ein Spielplatz multifunktional sein muss. Er soll nicht nur das Spielen ermöglichen, sondern auch den Aufenthalt, die Bewegung, die Kommunikation sowie die gesellschaftliche Teilhabe fördern. Das bedeutet, dass beispielsweise auch Begleitpersonen von Menschen mit Behinderungen ausreichend Möglichkeiten zum Aufenthalt haben müssen. Ebenso sollen Eltern, die ihre Kinder begleiten, sowie weitere Besuchende den Spielplatz als Aufenthaltsort nutzen können.

Die Nutzergruppen eines Inklusionsspielplatzes umfassen daher Kinder, Jugendliche, Begleitpersonen wie Betreuer und Eltern sowie ältere Menschen und Personen mit unterschiedlichen Fähigkeiten.

Inklusion bedeutet nicht, dass jedes Spielgerät von jeder Person genutzt werden kann. Vielmehr geht es darum, dass der Spielplatz für alle erreichbar und zugänglich ist, eine Teilhabe ermöglicht und für jede Person ein passendes Angebot bereithält.

In der von Frau Guruz gezeigten Präsentation werden Fragen aufgeworfen, die besprochen werden sollen, um die Umsetzung eines Spielplatzkonzeptes zu planen. Dabei geht es unter anderem um verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten, mögliche Hindernisse, Spiel- und Bewegungsangebote sowie die Attraktivität des Ortes für unterschiedliche Nutzergruppen.

Für den Spielplatz „Am Moorteich“ ist Geld im Teilhaushalt eingestellt.

Herr Bauschke erfragt, ob die vom Kinder- und Jugendparlament der Stralsunder Schulen eingebrachten Vorschläge auf das konkrete Beispiel Spielplatz Am Moorteich angewendet werden können.

Die Verwaltung schätzt die eingereichten Vorschläge als einen guten Ansatz ein. Allerdings sollte ein mögliches Konzept eine Grundsatzentscheidung darstellen, welches als Prototyp für zukünftige Projekte genutzt werden kann.

Herr Bauschke spricht sich dafür aus, das Thema im Herbst 2026 erneut zu diskutieren. Bis dahin soll ein gemeinsames Konzept erarbeitet werden.

Auf den Einwand von Herrn Gottschling erklärt Herr Dr. Ratih, dass der Haushalt derzeit noch nicht genehmigt ist. Daher können derzeit keine Vorhaben finanziert werden, auch wenn die entsprechenden Mittel bereits für 2026 eingeplant wurden. Solange der Haushalt nicht genehmigt ist, darf das Konzept nicht umgesetzt werden.

Frau Bartel, Herr Radtke und Frau Wunderlich begrüßen den Ansatz eines Mehrgenerationenspielplatzes. Es soll ein Katalog mit den Anforderungen der verschiedenen Nutzergruppen sowie übergreifenden Kategorien erstellt werden.

Frau Wunderlich bietet an, ihre Erfahrungen aus der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen und Seniorinnen und Senioren in das Vorhaben einzubringen. Zudem merkt sie an, dass sie den vorgesehenen Standort für geeignet hält.

Zum Fußgängerüberweg an der Montessori Schule wird ausgeführt, dass dieser in den nächsten vier Wochen bearbeitet und anschließend in die Planungsphase überführt wird. Im Zuge der Maßnahme muss der Bereich jedoch umfangreicher geöffnet werden, da dort Probleme mit der Wasserableitung bestehen.

Herr Bauschke spricht erneut die aus seiner Sicht problematische Situation an, dass der Fußgängerüberweg an der Juri-Gagarin-Schule zurückgebaut wurde und der an der Montessori Schule instandgesetzt wird, obwohl beide Schulen in vergleichbaren Straßenzügen liegen.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Vorstellung Planung grundhafter Straßenausbau Heinrich-Heine-Ring einschließlich Kreuzung Heinrich-von-Stephan-Straße / Am Heizwerk und Erschließungsanlagen Bebauungsplan 22

Frau Guruz trägt zunächst das Gesamtkonzept vor. Ziel ist es, die Straßenzusammenhänge im Ganzen zu betrachten. Sie zeigt eine Präsentation und erläutert die baulichen Maßnahmen.

Es gibt für die sechs Teilmaßnahmen drei verschiedene Fördertöpfe.
In einigen Bereichen u. a. Heinrich-von-Stephan-Straße bis Prohner Straße, wird eine Oberflächensanierung durchgeführt. Dies ist für Herbst 2026 geplant. In anderen Abschnitten des Heinrich-Heine-Rings beispielsweise erfolgt ein grundhafter Ausbau.
Weiterhin soll der Ehm-Welk-Weg aufgewertet werden.

Frau Guruz erläutert die Erschließung des B-Plangebietes 22.

Es ist ein Kreisverkehr geplant, der den Heinrich-Heine-Ring und die Straße am Heizwerk betrifft, welcher die Erschließung der Schule ermöglicht.
Im weiteren Verlauf soll ein Geh- und Radweg entstehen, der im hinteren Bereich an den Trelleborger Platz anschließt. Der Kreisverkehr soll 2028 gebaut werden.

Vor dem Kreisverkehr soll auf die linke Straßenseite aus Richtung Altstadt kommend verschwenkt werden. Der Straßenkörper wird zu drei Spuren zusammengefasst werden. Zwei Autospuren und eine Ausweichspur in der Mitte, welche bei Bedarf genutzt werden kann. Das schafft eine Entsiegelung und die Anbindung eines durchgehenden Radverkehrs. Ein Teil der Straße wird auf den ersten 200m eingeeengt und dann wird der Straßenbereich wieder 4-spurig. Die Haltestellen sollen umgesetzt werden.

Herr Dr. Raith merkt an, dass die Planung vorsieht, dass es ein einheitliches Profil ab dem Kreisverkehr beim Lidl bis zum Knieper Center geben wird.
Beim 4-spurigen Teil der Straße werden die separaten Bustaschen reduziert, um die versiegelten Flächen zu reduzieren.

Frau Guruz fährt mit der Planung zum Elm-Welk-Weges fort. Für 2027 ist die Einbindung des Ehm-Welk-Weg durch eine Zufahrt geplant. Die Spur wird direkt an den Stadtwald gelegt. Dort gibt es dreizeilige PKW Stellplätze. Diese sollen mit einem hohen Fugenabstand versiegelt werden. Von der Fläche sollen 60 % versiegelt werden. 40 % bleiben zur Entwässerung frei. Dazwischen sollen Bäume gepflanzt werden.
Zugunsten des Ausgangs des Stadtwaldes werden die Parkplätze in der Mitte aufgelöst, sodass der Wanderweg in der Mitte verläuft.

Frau Guruz erläutert, dass die Grünzellen der Höfe der Leo-Tolstoi-Straße aufgebrochen werden sollen, um ein „entlang schlendern“ zu ermöglichen.

In der Thomas-Kantzow-Straße soll ein breiter Übergang für Fuß- und Radweg entstehen.

Nach der Präsentation fragt Herr Starke nach, wozu die Ausweichvariante im Heinrich-Heine-Ring angestrebt wird. Frau Guruz führt aus, dass im Gespräch mit dem VVR erörtert wurde, dass bei Stillstand beispielsweise durch einen Unfall, der Bus die Möglichkeit haben soll zu überholen. Herr Dr. Raith ergänzt hierzu, dass durch die Spur in der Mitte eine ruhige Fahrbahnführung geschaffen wird.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt der Bauschke den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Arbeitsstand Straßeninstandsetzungen

Frau Guruz stellt die erarbeiteten Ergebnisse vor.

Es wurde die Haushaltslage überprüft und Prioritätenlisten erstellt, um die massiven Straßenschäden, die überwiegend durch den Winter verursacht wurden darzustellen. Die bisherigen Prioritäten wurden dabei kritisch hinterfragt und neu sortiert.

Dabei kam folgender Vorschlag heraus:

An den Bleichen, Vogelwiese und Dr.-Wilhelm-Külz-Straße sollen als investive Maßnahme in 2026 vorgezogen werden, damit spätestens im Sommer nächsten Jahres gebaut werden kann.

Es wurde mit der REWA und den Baufirmen erörtert, was mit dem schlechteren Teil der Andershofer Dorfstraße machbar ist. Es ist für alle am günstigsten, wenn dort in die Tiefenplanung gegangen wird und diese auch als investive Straßenbaumaßnahme vorgezogen wird. Dafür müssen die Planungskosten in 2026 umgewidmet werden.

Die unbefestigten Straßen sollen in Eigenleistung durch Mitarbeiter und Technik der Stadtverwaltung hergerichtet werden.

Es wurde in die verschiedenen Quartiere geschaut und festgestellt, dass in jedem Quartier mindestens ein Straßenbereich/-körper in einem sehr schwierigen Zustand ist. Die Deckensanierungen, die bis Ende dieses Jahres noch durchgeprüft werden sollen, betreffen die Barther Straße vom Grünhufer Bogen bis Kreuzung Hansedom, das Heinrich-Heine-Projekt, die Prohner Straße bis Kleine Parower Straße, Boddenweg, ein Stück vom Grünhufer Bogen Lindenallee bis Blütenweg und die Gossensanierung in der Greifswalder Chaussee.

Zur Finanzierung wurde der Ergebnishaushalt überarbeitet und durch einige Eigenleistungen gespart. Frau Guruz ist vorsichtig optimistisch.

Die Abteilungsleiterin berichtet von einem neuen Verfahren, welches im Bereich der Bahngleise bis zum Ortskern Voigdehagen verwendet werden soll. Das Verfahren ermöglicht, dass die Maßnahme nicht durch den Ergebnishaushalt, sondern durch den Investitionshaushalt finanziert werden kann. Diese Maßnahme würde ca. 1,2 Mio. EUR kosten. Der Fuchsweg könnte auch durch dieses Verfahren für 140.000 EUR hergestellt werden.

Herr Bauscke erfragt, wieso das Verfahren eine investive Maßnahme darstellt. Frau Guruz erklärt, dass mit dem Verfahren in eine tiefere Schicht der Straße vorgedrungen wird und die Maßnahmen deshalb dem investiven Bereich zugeordnet werden können.

Das Verfahren ist bereits in Bayern, Thüringen und Sachsen für lange glatte Straßenabschnitte verwendet worden.

Herr Starke fragt, ob es Firmen in der Region gibt, die dieses Verfahren ausführen. Frau Guruz erklärt, dass eine Maschine geliefert werden kann und die Firmen aus der Region die Arbeit übernehmen.

Frau Guruz nennt einige Maßnahmen, die für die Umsetzung der oben genannten Vorhaben verschoben werden sollen. Die Maßnahmen Tribseer Straße /Einfahrt Deutsche Bank soll mit dem Neuen Markt nach hinten geschoben werden.

Für den Grünhufer Bogen ist vor 2030 keine Fördermittelakquise mehr möglich, weshalb die Maßnahme geschoben werden kann. Die Maßnahmen am Nachtigallenweg und Richard-Wagner-Straße sollen verschoben werden, da die anderen Straßen durch ihre Wichtigkeit einer höheren Priorität zugeordnet sind.

Beim Vorhaben Carl-Heidemann-Ring stehen noch Gespräche mit der unteren Naturschutzbehörde aus. Daher wird davon ausgegangen, dass die Maßnahme nicht vor 2028 weiter vollzogen wird.

Der größte Einsparungsposten betrifft das Klimaschutzprogramm des zweiten Teils des Heinrich-Heine-Rings – Ehm-Werk-Weg aus dem ehemaligen Programm „Grüner Boulevard“. Diese Maßnahme hat sich verändert; sodass Einkürzungen vorgenommen werden können. Ursprünglich waren 5,8 Mio. EUR geplant. Verwendet wurden für Planungskosten und Kosten des Verkehrsversuchs 4,2 Mio.

Die Planung für die Geh- und Radwegbrücke verschiebt sich auf 2027/28. Bei der Andershofer Dorfstraße werden die 250.000 EUR nicht vollständig ausgegeben. Die Schwedenschanze ist bereits abgerechnet und es konnten 80.000 EUR eingespart werden. Die Posten für das Gehwegkonzept können gestrichen werden, da die Verwaltung ab dem 01.08. 2026 über einen Gehwegtrupp verfügt, über den Instandhaltungen umgesetzt werden.

Insgesamt stehen durch Einsparungen 3,38 Mio. EUR zu Verfügung. Daraus soll ein Teilbereich gedeckt werden und ein anderer Teilbereich in den Bauhof und Infrastruktur Werkstatt investiert werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Verschiedenes

Herr Gottschling hat zwei Anliegen.

Die erste Frage betrifft den Beschluss zur Erweiterung der Fußgängerzone Mönchstraße/Böttcherstraße. Er fragt nach, ob diese Erweiterung in Zuge der anstehenden Eröffnung des STRALSUND Museums umgesetzt wird.

Herr Dr. Raith antwortet, dass mit Eröffnung des Museums die Straße als Fußgängerzone umgesetzt wird.

Die zweite Frage betrifft das Klimaanpassungskonzept. Herr Gottschling fragt nach, ob es einen Hitzeaktionsplan für Stralsund gibt bzw. ob Stralsund für so einen Plan überhaupt zuständig sei.

Herr Dr. Raith antwortet, dass ein Klimaanpassungskonzept vorliegt, aber eine Bestandserfassung durchgeführt werden muss und das Konzept dementsprechend weiter angepasst werden soll. Es muss berücksichtigt werden, dass Stralsund durch die Küstenregion eine andere Klimazone aufweist, als der Rest Deutschlands. Zudem müssen verschiedene Ebenen mit eingebunden werden. Maßnahmen; die Gebäude Dritter betreffen oder Empfehlungen über Handyapps; sind auf kommunaler Ebene nicht sinnvoll. Die kommunalen Möglichkeiten sind spezifisch.

Er hebt hervor, dass die Verwaltung sich auf ihre Zuständigkeit fokussieren muss. Es ist hierfür das neue Klimaschutzgesetz des Landes abzuwarten, um die genauen Zuständigkeiten festzustellen.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Herr Bauschke stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlage B 0036/2026 der Bürgerschaft zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Herr Bauschke schließt die Sitzung.

gez. Stefan Bauschke

gez. Gaby Ely

Vorsitzender

Protokollführung